

Gewissen

30 Pfennige

Zehnter Jahrgang Nr. 10

Berlin, Sonntag, den 4. März 1928

Herausgeber: Heinrich von Gleichen. Schriftleitung: Friedrich Vorwerk. Verlag: Ring-Verlag G. m. b. H., Berlin W 30, Mohstraße 22. Druck: Nauck'sche Buchdruckerei A. G., Berlin S 14, Stallschreiberstraße 5. — Das „Gewissen“ erscheint wöchentlich am Sonntag. — Bezugsbedingungen: Im Inland: Durch die Post monatlich RM. 1.—, durch den Verlag (nur Jahresabonnement) RM. 12.—. Im Ausland: Durch den Verlag unter Streifband vierteljährlich RM. 3.75, Jahresabonnement RM. 15.—. Bestellungen nimmt jede Postanstalt entgegen.

Für Politik — gegen Funktionäre

Wir haben das seltene Vergnügen, als Leitartikel einen Aufsatz des Reichstanzlers a. D. Joseph Wirth abzu- drucken und uns mit dem, was er hier sagt, einver- standen zu erklären, indem wir allerdings weglassen, was wir unseren Lesern nicht zumuten können. Aber es ist nur sehr wenig, was wir weggelassen haben, bloß Flos-keln, die aus der demokratischen Ideologie von Joseph Wirth stammen und die im Zusammenhang des Ganzen überflüssig sind. Das Ganze nämlich ist sein Kampf um die „Politik“ gegen die gewerkschaftliche bürokratische Richtung, die heute im Begriff steht, nicht nur im Zentrum zu siegen. Denn wie Joseph Wirth richtig sagt: „Was sich im Zentrum abspielt ist ja immer nur ein Teil dessen, was sich in unserem ganzen Volke abspielt. Das Zentrum als Mikrokosmos im politischen Makro- kosmos unseres Volkes ist Spiegelbild aller Bewegung, die das ganze deutsche Volk im ganzen durchzittert. Was geht vor?“ Nun eben, daß beispielsweise auch in der Deutschnationalen Partei die Gewerkschaften unter Führung von Lambach mit dem Schlagwort „Christlich-nationaler Selbsthilfe“ die Führung anstreben oder daß selbst die Volkspartei Kotau vor der gewerkschaftlichen Richtung und z. B. anstelle Dr. Luthers Staatssekretär Schmidt und den jungen deutschnationalen „Handlungsgehilfen“, Herrn Glaegel, zu Spitzenkandidaten des Wahlkreises Düsseldorf-Ost macht. Die Auseinandersetzung, die jetzt Joseph Wirth im Zentrum herauf- beschwört, wird in keiner Partei ausbleiben können und wird auch nicht dadurch zu vermeiden sein, daß sich jetzt „moderne Protagonisten“ der DNVP um die ganz große Koalition von Westarp bis Müller bemühen.

Wirth hat zweifellos den springenden Punkt aller Ausein- andersetzungen erfaßt, die jetzt innerhalb der Parteien geführt werden müssen. In der Tat geht es um „Politik“, d. h. um politische Führung, die zurückgedrängt werden soll durch die Organisationsinteressen der gewerkschaftlich gebundenen Massen. Dabei ist es im höheren Sinne gleichgültig, ob das, was wir unter politischer Führung verstehen, ganz etwas anderes ist als das, was Herr Joseph Wirth dafür hält, der in seiner beneidenswerten Naivität noch immer die so- genannte parlamentarisch demokratische Auslese identifi- ziert mit herrschaftlicher Unabhängigkeit der Führung. Was den Fall Joseph Wirth anbelangt, der ja durch allzu lange Praxis

als Erfüllungspolitiker schlimmster Observanz oder als Partei- demagoge, dessen Proklamation: „Der Feind steht rechts“ in den Treppenwitz der Weltgeschichte übergegangen ist, mehr als zur Genüge bewiesen hat, daß an ihm kein Staatsmann ver- loren ist, so können wir beruhigt feststellen, daß er durch seinen persönlich sympathischen und tapferen Aufsatz gegen die Büro- kratie und die gewerkschaftlichen Organisationen sich, wie selbst seine Freunde sagen, zwischen zwei Stühle gesetzt hat und für die nächste Zukunft wenigstens als aktive Persönlichkeit aus- scheidet. Es ist sogar zweifelhaft, ob Joseph Wirth einen Wahl- kreis findet — Baden hat ihn bekanntlich abgelehnt und Berlin macht Schwierigkeiten — ob er also in den Reichstag gewählt wird, wenn sich nicht das Zentrum seiner unter schweren Be- dingungen für ihn erbarmt und ihn auf die Reichsliste setzt. Er, der Mann der Linken, des Reichsbanners und der „Deut- schen Republik“, der noch vor Jahresfrist als Vertrauensmann der rheinisch-westfälischen christlichen Arbeiterschaft für unent- behrlich gehalten wurde, wird jetzt wegen seines Aufsatzes „Wo hin, Freund Imbusch?“ von den Gewerkschafts- führern eben dieser Arbeiterschaft diffamiert. Herr von Guérard hat ihn als unbequemen Konkurrenten empfun- den. Es müßte die Richtung Marx sein, die sich seiner an- nimmt, was recht klug wäre. Aber das sind Sorgen des Zentrums.

Übrigens ist der Vorstoß von Wirth gegen Imbusch und Genossen, gegen die antipolitische Strömung im Zentrum, gegen den wirtschaftlichen Sozialismus in seiner unpolitischen Form nicht isoliert. Das ganze Heft der „Deutschen Republik“ ist, abgesehen von dem Gestammel des Herrn Robert Breuer über „Manet als den Maler des Kapitalismus“, eine Kampfschrift gegen das „Unpolitische“. In dem parlamentari- schen Intermezzo von Theodor Rohld (vielleicht dem lite- rarischen Pseudonym des geistvollen „Verantwortlichen“ Dr. Heinrich Teipel?) in den Skizzen von Werner Gast: „Aus dem Werkraum der Demokratie“, in der Kritik an Pisci- tors Schwejk und selbst in einzelnen Glossen der Rund- schau drängt zu leidenschaftlichem Ausbruch der Haß gegen Organisation und Bürokratie überhaupt, gleichgültig, ob es sich um Gewerkschaft oder Partei, oder selbst um das Parlament handelt. Die Idee, um die wir jahrelang gekämpft haben, daß die Funktionäre durch ihre Selbstgerechtigkeit uns das politische

Vergessen Sie bitte nicht, Ihr Abonnement für März bei der Post zu erneuern.

Leben in Deutschland verderben, findet eine mehr als merkwürdige, eine auch in unserem Sinne bedeutungsvolle Resonanz auf dieser Seite der Linken, in der bei aller Verbohrtheit in das Prinzip der westlichen Demokratie, bei allem Unverstand in politischen Fragen doch ein gewisser Idealismus, selbst mit nationalem Einschlag, vorwaltet; man vergleiche z. B. die Glosse: „Was Ebert nicht bedacht hatte“. Hier setzt sich die „Deutsche Republik“ des Herrn Wirth mit der Wiener Halbmonatsschrift „Das Blaubuch“ (Herausgeber Hellmut Sütter) auseinander, der sich über die deutsche Volkshymne beschwert, aus keinem anderen Grunde, weil die erhabenen Weisen Josef Haydn's auf den Text der österreichisch-ungarischen habsburgischen Nationalhymne „Gott erhalte Franz den Kaiser“ gesungen worden sind. „Die englischen Militärkonzerte im besetzten Gebiet schließen gewöhnlich mit der Nationalhymne „God save the King“. Die Melodie ist dieselbe wie die des „Heil dir im Siegerkranz“. Sie war es immer. Niemand hat sich darüber aufgeregt, niemand regt sich darüber auf. Es ist nur etwas ulkig. Aber in Österreich muß Haydn wohl erst revozieren, ehe er Ruhe bekommt. Ein neuer Text würde noch nichts nützen.“

Natürlich ist es hoffnungslos, sich mit Männern wie Wirth und Genossen darüber auseinanderzusetzen, daß die parlamentarische Demokratie des proportionalen Wahlrechts jede Politik ausschließt; (eben weil sie keine politische Führung erlaubt, denn sie hebt die Verantwortlichkeit der Führenden auf und schiebt statt dessen einen unverantwortlichen Mehrheitswillen als Entlastung für die Verfehlungen der Haltung oder Darstellung der Nation ein.) Aber ist es aussichtsvoller, sich darüber mit anderen Führern unserer demokratisch aufgezogenen Parteien — und welche wäre nicht demokratisch? — zu unterhalten? Im Augenblick begrüßen wir mit Genugtuung, daß Herr Joseph Wirth gegen den Versuch vorstößt, die Herrschaft der II. Internationale, deren Diener nicht nur die freien, sondern nach ihrer jüngsten Entwicklung eben auch die christlichen Gewerkschaften sind, in den Parteien und Fraktionen selbst zu etablieren und damit die Ausflüchte des Versagens der Parlamentsdemokratie hinzulenken auf die Rücksicht gegenüber der sozialen Not dieser Zeit, die nur zur Hälfte in sich selbst begründet ist, zur anderen Hälfte die Schuld der parlamentarischen Führer ist, die zur Staatsführung unfähig sind.

Werben Sie für das „Gewissen“. Probeexemplare stehen gern zur Verfügung

Die politische Woche

Eine Aussprache im österreichischen Nationalrat über die Anebelung Südtirols durch Italien wird von Mussolini mit der Berufung seines Wiener Gesandten zur Berichterstattung nach Rom beantwortet und von der faschistischen Presse mit der Androhung einer sofortigen Mussolini-Rede. — Eine römische Mitteilung über Vertagung der Mussolini-Rede wird in der österreichischen Presse dahin gedeutet, daß diplomatische Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen zur Beilegung des Zwischenfalls im Gange seien.

★

In Moskau stellt das Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei fest, daß in China die Arbeiter- und Bauernbewegung eine schwere Niederlage erlitten aber gute Erfahrungen im revolutionären Kampf gemacht habe. — Eine Verordnung der russischen Sowjetregierung bemüht sich um eine Steigerung der Saatfläche für das Frühjahr durch Ausschaltung der bürokratischen Schwierigkeiten, die im Vorjahr den Anbau geschädigt haben. — Nach Pekinger Meldungen stehen in der Provinz Schantung zwanzig Millionen Menschen vor dem Hungertode. — Nach Sinowjew und Kamenew bittet auch Pjatakow um Wiederaufnahme in die Kommunistische Partei Rußlands.

★

Im englischen Unterhaus erklärt Chamberlain auf eine Anfrage, daß Großbritannien keine Veranlassung habe, die diplomatischen Beziehungen zu Sowjet-Rußland wieder aufzunehmen. — Eine Note Kelloggs zu dem amerikanisch-französischen Friedenspakt nimmt den Standpunkt ein, daß infolge der zahlreichen anderen Friedensverpflichtungen Frankreichs ein zweiseitiger Nicht-Angriffspakt zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich Schwierigkeiten habe. — In Genf trifft für Amerika Mr. Gibson ein, um sich in vertraulichen Verhandlungen mit dem Generalsekretär des Völkerbundes nach dem Stande der gegenwärtigen Beratungen des Sicherheitskomitees zu erkundigen.

★

Aus Warschau reist der Führer der deutschen Handelsdelegation, Dr. Hermes, ohne Verhandlungsergebnis ab, und ohne daß vorläufig Aussicht auf Fortführung der Handelsvertragsverhandlungen besteht. — Der litauische Ministerpräsident Woldemaras schlägt der polnischen Regierung durch ihren Geschäftsträger in Riga gemeinsame Verhandlungen vor, die entweder im Rahmen des Völkerbundes oder in Königsberg stattfinden sollen. — Im

Danziger Volkstag kommt es zu Särmszenen anlässlich der Beratung eines deutschnationalen Gesetzesentwurfes auf Wiedereinführung der von der polenfreundlichen Linksregierung aufgelösten Einwohnerwehren.

★

Die polnische Regierung versetzt ihren Berliner Gesandten nach Angora. — Die britische Regierung versetzt ihren Madrider Botschafter, Sir Horace Rumbold, nach Berlin. — Zur Erinnerung Sir William Tyrrells als neuem Botschafter Englands in Paris schreibt Arnold Reehberg für die „Vossische Zeitung“ einen Aufsatz, der Tyrrell als besten Mann Englands bezeichnet, der bestimmt sei, ein sich anbahnendes amerikanisch-französisch-deutsches Bündnis gegen England zu durchkreuzen.

★

Die kommunistische Presse in Berlin verbreitet Bilder aus dem in England noch nicht freigegebenen deutschfeindlichen Cavell-Film. — Im Haushaltsausschuß des deutschen Reichstags montiert der demokratische Freiherr von Richthofen, daß im Kreuzer „Berlin“ Bilder des Generals Ludendorff und des Großadmirals Prinz Heinrich von Preußen hingen, und erfährt vom Reichswehrminister Groener, daß diese Bilder ohne sein Zutun bereits entfernt worden seien. — Die Leitung des Berliner Kommerzes Alter Korpsstudenten sendet dem Staatssekretär im Auswärtigen Amte von Schubert auf dessen Anfrage ein Schreiben, wonach die Rede des völkisch-radikalen Landrates a. D. von Herzberg auf dem Kommerzen des Köfener Grundrößen nicht entsprochen habe, weil sie innen- und außenpolitische Probleme erörtert habe, obgleich über diese innerhalb des Korpsstudententums keinerlei Einigung besteht.

★

Auf einer Versammlung des Berliner Sozialistischen Schülerbundes tritt eine Rednerin für die Einführung der „Zeitsche für Jugendliche“ ein. — Auf einem Autorenabend der „Berliner Arbeiter-Ausrierten“ führt der Berliner sozialdemokratische Stadtrat Dr. Hodann aus, daß seelische Schwierigkeiten Jugendlicher in Rußland dadurch überwunden seien, daß die Kosten etwa notwendiger Eingriffe zwischen den Sowjets und der beteiligten Frau erledigt würden. — Eine Berliner Versammlung der „Liga für Menschenrechte“ beschäftigt sich mit den „Lehren aus dem Kranz-Prozess“. — Eine Pariser Veranstaltung der „Liga für Menschenrechte“ ehrt den Nobelpreis-Träger und deutschen Professor Quibde mit einer goldenen Medaille.

Die nachfolgenden Ausführungen sind einem Aufsatz des Herrn Reichskanzlers a. D. Dr. Joseph Wirth in der „Deutschen Republik“ (Heft 20) entnommen. Die Sperrungen sind von uns vorgenommen. Die Sperrungen des Verfassers haben wir nicht berücksichtigt.
Die Schriftleitung

„Wohin, Freund Imbusch?“

Von Joseph Wirth

„Zwischen einem Gewerkschaftler und einem Politiker gibt es zur Zeit fast noch größere Gegensätze als zwischen einem demokratischen Politiker und einem Zentrumsabgeordneten, der nur „auf dem Boden der Verfassung“ steht, ohne ihren lebendigen Inhalt als seine eigene Sorge in sich zu tragen. Wie kommt es, daß zur Zeit vom Politischen, d. h. vom Staate her, eine Distanz zum Auftreten der christlichen Gewerkschaftsführer fühlbar wird, fast so stark, daß schon von einer Kluft zwischen Politik und christlich-nationaler Arbeiterbewegung gesprochen werden muß? Wie ist es möglich, daß christliche Arbeiterführer, darunter auch Herr Imbusch, auf dem Reichsparteiausschuß des Zentrums, in so unerhört scharfer Form sich gegen die Akademiker und die Intellektuellen in der Partei gewandt haben? Bei Imbusch wirkte es nicht einmal so befremdend, da man bei ihm eine etwas unentwegte, robuste, impulsive Ausdrucksweise gewohnt ist. Er meint es selten so einseitig und vorbehaltlos, wie er es sagt. Aber bei anderen Gewerkschaftsführern dokumentierte sich ein Verzicht auf politische Orientierung, der fast erschreckend war. Seit wann erschöpft sich bei den Gewerkschaften das Politische im Sozialen, wieweil letzteres, nebenbei gesagt, zudem recht engherzig begriffen oder wenigstens vorgetragen wurde? Wie ist eine solche Verwirrung im Zentrum möglich geworden? Klüfte können überbrückt werden. Aus den Reden der Gewerkschaftler ging aber hervor, daß ein politischer Brückenschlag schon gar nicht mehr als zuständiger Begriff verstanden wurde. Der gewollte Gegensatz zu den Intellektuellen, zu den Akademikern, die Feindschaft zu den Politikern, die nicht gewerkschaftlich gebunden sind, hat ein Ausmaß angenommen, daß jeden Zentrumsangehörigen im Innersten berühren muß. Was geht da im Zentrum vor? Ja, fragen wir darüber hinaus: Was geht da im deutschen Volke vor? Was sich im Zentrum abspielt, ist ja immer nur ein Teil dessen, was sich in unserem ganzen Volke abspielt. Das Zentrum als Mikrokosmos im politischen Makrokosmos unseres Volkes ist Spiegelbild aller Bewegung, die das deutsche Volk im Ganzen durchzittert. Was geht vor?

Wir kommt es nicht darauf an, hier irgendwie persönlich zu werden. Ich sehe rein objektiv die vorhandenen Strömungen in der Arbeiterschaft, die merkwürdigerweise jetzt auch in der Gruppe vorbrechen, die sich durch die besondere Betonung des Christlichen und Nationalen bisher immer gegen eine Betrachtungsweise der gesellschaftlichen Entwicklung gewehrt hat, die das wirtschaftlich-soziale Moment als das Primäre und im Letzten Ausschlaggebende erklären zu müssen glaubte. Und es handelt sich bei dem jetzigen Auftreten der Christlichen Gewerkschaften nicht um ein einmaliges und vereinzeltes Sichaufbäumen gegen ein bestimmtes, unsozial aufgemachtes Gesetz, nein, es will geflissentlich grundsätzliche Bedeutung haben. Der Gewerkschaftler als Gewerkschaftler soll die Politik eindringlicher als bisher bestimmen können. Daher der Anti-Intellektualismus, daher die Verdrängung auch der politischen Betrachtungsweise.

Was ist geschehen? In der christlich-nationalen Arbeiterbewegung betonte man um der politischen Überein-

stimmung mit dem „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“ willen, bis heute sehr gern die Devise „deutsch“ und „christlich“. Man hatte sich so eine Ideologie des Anti-Markismus zu recht gemacht und fand damit nicht allzu schwer die Verbindung zu den politisch rechts gerichteten Kreisen. Auf sozialwirtschaftlichem Gebiet hat man so etwas ähnliches gemacht wie das Zentrum auf politischem Gebiete. Man hat ja im Zentrum unter Zurückdrängung ganz natürlicher politischer Gegensätze das Weltanschauliche immer so stark unterstrichen, daß die Hervorkehrung politischer Gegensätzlichkeiten als „Gesinnungsschwäche“ hingestellt werden konnte. Und nun erleben wir es, und das ist für den Parteipsychologen sehr bedeutsam, daß gerade im Zentrum das Soziologische so elementar in den Vordergrund gedrängt wird, daß jede Ideologie, die weltanschauliche wie die politische, geradezu ausscheidet. Der Gewerkschaftler als Gewerkschaftler will Partei und Politik dirigieren. Gewiß wird das nicht so vorbehaltlos gesagt, im Gegenteil. Man sucht das Gewerkschaftliche als das Christliche und das Politische geradezu zu deklarieren, aber ganz unverkennbar ist, daß man glaubt, daß die Not des Proletariats nur durch den Proletarier selbst, oder besser gesagt, nur durch den gewerkschaftlich organisierten selbst richtig erfaßt und politisch behoben werden könne. Man glaubt, daß die geistige Umkehr des politischen Regiments, die Umlagerung in der soziologischen Anlage aller einschlägigen Gesetze nur vom gewerkschaftlich organisierten Proletarier her erfolgen könne. Wie ist das möglich geworden? Es kommt mir so vor, als habe Herr Stegerwald, der sich doch bisher immer der staatsmännischen Betrachtung der sozialwirtschaftlichen Vorgänge befleißigte, erkannt, daß die parteipolitischen Bindungen, die er in der letzten Koalition eingegangen ist und zu früheren Zeiten auch gern gesucht hat, ihm ihr reaktionäres Schwergewicht gegenüber allen seinen sozialen Hoffnungen so deutlich geoffenbart haben, daß er jetzt, wie man zu sagen pflegt, das Kind mit dem Bade ausschüttet. Er will wieder ganz „ursprünglich“ gewerkschaftlich werden.

Denn sowohl Stegerwald wie Imbusch verzichten darauf, innerhalb des Parlaments die parlamentarisch-politische Konsequenz zu ziehen, sie ziehen sich vom Politischen auf das Gewerkschaftliche zurück. Nur so ist auch ihre heftige Polemik gegen Marx und Köhler in Verbindung mit den unerhört groben Briefen, die in dieser Sache gewechselt worden sind, zu begreifen. Ich kann aber hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß dieser Verzicht auf parlamentarische Konsequenzziehung, dieses Überbetonen der gewerkschaftlichen Aspirationen im Politischen, eine Tendenz in sich trägt, die mit gewissen syndikalistischen Gedankengängen nicht gänzlich unverwandt ist. Wenn die Zentrumsparterie ein Instrument der christlichen Gewerkschaftsbewegung werden soll, dann liegt darin ein Ansatz zur Beseitigung der politischen Demokratie, es wird dann versucht, zur Durchführung zu bringen, was die radikalsozialistischen Kreise gerne mit dem in sich widerspruchsvollen Begriff der „Demokratie der Arbeiterklasse“ gekennzeichnet haben. Wir haben zwar dann einen Parlamentarismus, aber einen undemokratischen. Sind sich die Herren Imbusch und Stegerwald solcher Konsequenzen ihrer einseitigen gewerkschaftlichen Haltung bewußt?

Vom Prinzip des demokratischen Staates her gesehen, ist für alle, die die heutigen Parteien zur Politik führen wollen und immer wieder betont haben, daß niemand zum Staate kommt, wenn nicht durch eine bewußt politische Partei, das Verhalten der Herren um Imbusch gänzlich unverständlich. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Ich begrüße jeden Zuwachs, den die Zentrumsfraktion aus Arbeiterkreisen erfährt. Am liebsten ist es mir, wenn der Mann direkt vom Schraubstock kommt, weil er dann als Einzelmensch kommt in politischer Freiheit, mit offenem Blick und mit offenem Ohr für das, was im Volke vorgeht, weil er dann nicht „durch die Organisation gebunden“ ist und nicht auf die eigene freie Meinungsäußerung verzichtet hat. Wird aber lediglich die Gruppe verstärkt, die jetzt in die charakterisierte antipolitische Strömung hineingeführt wird, dann bedeutet die Verstärkung durch Arbeiter für das Zentrum keinen politischen Fortschritt, sondern eine innere Auflösung seiner politischen Aktionskraft. Selbstverständlich sind mir und anderen die soziologischen Schichtungsbewegungen der letzten Jahrzehnte in unserem Volke nicht verborgen geblieben. Gerade die Einwirkungen dieser Bewegungen auf die Struktur des Zentrums haben mir in der letzten Zeit Kopfzerbrechen genug gemacht. Aber immer habe ich auch im entscheidenden Augenblick versucht, die politische Betrachtungsweise der soziologischen überzuordnen, weil nur so Volkspolitik möglich ist. Der heute von Imbusch inszenierten Bewegung fehlt der Ausblick auf eine Möglichkeit, auch in der Zukunft diesen Übergang ins Staatspolitische zu finden. Damit ist gewiß nichts gegen die sozialen Forderungen Imbuschs gesagt. Aber wie soll bei solcher Vorbrängung des Klassenmäßigen in der deutschen Gesellschaft und

im Parlament noch politische Führung möglich bleiben.“

(Kritik an Stegerwald, der den Geist der Weimarer Verfassung nicht begriffen habe und jetzt durch die Rechtskoalition enttäuscht sei) „ . . . So fällt er aus Mangel eines Besseren in den engen gewerkschaftlichen Kreis zurück. Aber dieser Vorgang muß gerade in der Gefolgschaft Stegerwalds sehr bald die Fragen wecken, weshalb man überhaupt noch in getrennten Gewerkschaften dem Arbeiterinteresse dienen zu müssen glaubt. Ich sehe pflichtgemäß die Entwicklung unter diesem Gesichtspunkt, sie ist mir um so bedeutsamer als unverkennbar die Absicht besteht, das wirtschaftliche und gesellschaftliche Niveau der unteren Beamten schichten mit dem der Arbeiterschaft völlig auszugleichen. Eine Absicht, die als solche in ihrer eigenen sozialen Tendenz hier natürlich nicht zur Erörterung steht.

Meine Herren! Sie sind auf dem Wege in die Anschauungsweise des wirtschaftlichen Sozialismus, d. h. in seiner unpolitischen Form, nämlich des Syndikalismus. Nur Ihr besonderes gewerkschaftliches Organisationsinteresse hindert Sie noch, dies in irgend einer Weise anzuerkennen. Aber es wird immer mehr zu einer Selbsttäuschung. Sie werden erzürnt sein, wenn ich so etwas ausspreche und doch muß ich es sagen, gerade weil ich die bestehenden Partei- und Gewerkschafts-schranken nicht als das letzte Formungsideal unseres Volkes anerkennen kann. Für mich war die letzte Parteitagung des Zentrums ein unerhört inneres Erlebnis. Das Soziologische der Zentrumsstruktur will alle Bande politischer und anderer Art von innen heraus sprengen. Noch gibt es äußere technische Hemmungen, aber schon zweifle ich, ob sie aushalten werden.“

Wirtschaft und Politik im Baltikum

Von Georg Schröder

Die Balkanisierung Nordosteuropas hat diesen Raum zu einem Vorpostengelände gemacht, auf dem mehrere Großmächte die Klängen kreuzen. Die englische und französische Politik sekundiert dem polnischen Bestreben, einen Randstaatenblock herbeizuführen, der außer Finnland, Lettland und Estland auch Polen umfaßt. Rußland versucht, diesen gegen ihn gerichteten Block zu verhindern und wünscht die baltischen Staaten in seine Einflusssphäre einzubeziehen. Von einer eignen deutschen Politik wird man bis jetzt kaum sprechen können. Schritte, die nicht einer Sekundanz Rußlands, sondern dem Ausbau einer deutschen Position dienen könnten, sind nicht unternommen worden. Dabei könnte sich eine solche deutsche Politik an das Bestreben der baltischen Staaten anlehnen, sich aus dem englisch-russischen Gegensatz herauszuhalten. Versuche, Lettland, Estland und Litauen politisch und wirtschaftlich zusammenzuschweißen, damit die Kleinstaaten nicht nur Steine im Spiele der Großmächte sind, scheiterten immer wieder an Gegensätzen innerhalb dieser Länder, scheiterten vor allem auch an der internationalen Wirtschaftsverflechtung, die die baltischen Staaten in außenpolitischer Abhängigkeit hält. Der Einfluß des englischen Kapitals in Estland und Lettland wird aus den nachstehenden Ausführungen zu erkennen sein. Aus ihnen dürfte sich auch die nationalpolitische Aufgabe unserer Wirtschaft ergeben, die ihr zufällt, selbst wenn sich die Wilhelmstraße nicht zu einer aktiven Politik im Nordosten entschließen sollte.

Gemeinsam ist den Staaten Estland, Lettland und Litauen die Kleinheit des Territoriums und die geringe Zahl ihrer Bevölkerung. Zusammen zählen sie nicht viel mehr als 5 Millionen Einwohner! Gemeinsam ist ihnen der vorwiegend agrarische Charakter. Die Industrie, in Litauen kaum vorhanden, ist in Estland und vor allem in Lettland immerhin von einiger Bedeutung. Gemeinsam ist ihnen auch der große

Kreditbedarf und die Kreditknappheit, da sie durch Aufteilung des Großgrundbesitzes das konzentrierte Kapital zerstückelt haben und die neuen Bauernwirtschaften, deren Umstellung auf die Viehwirtschaft in Estland und Lettland teilweise schon durchgeführt ist, große Kredite anfordern. Der Wiederaufbau der Industrie, die während des Krieges erheblich gelitten hat, beansprucht gleichfalls beträchtliche Summen. Nicht zuletzt stellen die Staaten selber Ansprüche an den Kapitalmarkt. Eisenbahnlinien, die den heutigen Interessen dieser Staaten Rechnung tragen, sollen erbaut werden. Schließlich sei noch das in Estland und Lettland herrschende Bestreben erwähnt, einzelne Industriezweige zu entwickeln, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verstärken.

Dieses gewaltige Kreditbedürfnis kann aber in keinem der drei Staaten durch eigene Mittel befriedigt werden. Die staatliche ebenso wie die wirtschaftliche Umwälzung und die Inflation haben einen Großteil des Kapitals, das besonders in Litauen nie nennenswert war, vernichtet. Die Neuansammlung geht in Lettland und Estland sehr langsam vor sich. In Litauen kann man von ihr nicht reden. So sind die baltischen Staaten vor allem auf ausländische Kredite angewiesen, die zu einer Stabilisierung und Ankurbelung der Wirtschaft dienen sollen. Litauen, dessen wirtschaftliche Lage besonders schlecht ist, bietet dem englischen Kapital gar keinen Anreiz, wenn man von den Wäldern absehen will. Die ungeläutete politische Situation, der Gegensatz zwischen den englischen und litauischen außenpolitischen Interessen haben dazu geführt, daß weder durch Kredit, noch durch enge Handelsbeziehungen Bindungen zwischen Litauen und England bestehen. Dadurch unterscheidet sich die Lage Litauens wesentlich von der Estlands und Lettlands.

Estland hat 1927 eine Völkerbundsanleihe im Nettobetrag von 1,35 Mill. £ aufgenommen, die vor allem

auf dem englischen Kapitalmarkt untergebracht wurde. Zweifellos hat diese Anleihe für Estland sehr angenehme Folgen: die de jure-Stabilisierung konnte vorgenommen werden, die neue Goldkrone konnte am 1. Januar 1928 an Stelle von je 100 Esti-Mark treten, ein Teil der Anleihe wird als langfristiger Kredit der Wirtschaft zufließen, außerdem hat die Gewährung dieser Anleihe das Vertrauen des Auslandes gestärkt, sodaß in den letzten Monaten private Kredite in größerem Maße nach Estland flossen. Aber diese wirtschaftlichen Vorteile konnten nur durch Zugeständnisse erkauft werden, die eine Beschränkung der Souveränität Estlands bedeuten. Der Völkerbunds-Kontrollleur in Reval hat dieselben Rechte, wie sie Herr Zimmermann in Wien besaß. Er kann also ihm nicht genehme Posten im Budget verbieten. Zufall ist es auch nicht, daß dieser Kontrollleur ein Engländer ist. Diese Tatsache beleuchtet die außenpolitische Abhängigkeit, in die sich Estland durch die Aufnahme der Anleihe begeben hat.

Die gesamten äußeren Staatsschulden betragen jetzt 110 Mill. Kronen. Aus den ersten Jahren der Republik stammt eine Warenschuld von 58,7 Mill. Kronen an die U.S.A. und eine Schuld von 20,9 Mill. Kr. an England. Außerdem ging Estland 1926 eine Warenschuld in Höhe von 2,1 Mill. Kr. an England (Eisenbahnmaterial) und 0,9 Mill. Kr. an Schweden (Wollereibedarfs-Artikel) ein. 1928 sind für Zinsen und Amortisation 4,6 Mill. Kr. aufzubringen.

Beträchtlich sind auch die Privatkredite, die nach Estland geflossen sind. Die estnischen Banken arbeiten gleichfalls mit englischem, daneben auch mit deutschem Kapital. Die Nettoverschuldung an das Ausland betrug Ende Januar 10,21 Mill. Kr. Außerdem haben ausländische Finanzgruppen Konzessionen zur Ausnutzung des Eisenschiefers erworben. Eine schwedische Gruppe, an deren Spitze Wallenberg steht, hat bereits über 2 Mill. Kr. an den Bau einer Destillationsanlage investiert. Eine englische Gruppe hat sich bereit erklärt, eine estnische Gesellschaft für die Verwertung des Brennschiefers mit 3 Mill. £ zu finanzieren. Außerdem bewirbt sich eine englische Firma um eine Konzession zur Ausnutzung des Narwischen Wasserfalls.

Im Warenaustausch ist Estland am stärksten mit Deutschland verflochten. Sowohl bei der Ein- wie Ausfuhr steht Deutschland an erster Stelle. Bei der Ausfuhr steht England an zweiter Stelle, Rußland ist nur mit etwa 11 Prozent am Handel beteiligt. Die estnische Ausfuhr ist in den letzten beiden Jahren stärker als die Einfuhr gestiegen. 1927 betrug der Export 105,8 Mill. Kr., der Import 96,4 Mill. Kr. Die Handelsbilanz ist also aktiv. Von Bedeutung ist es, daß es trotz dieser wirtschaftlichen Beziehungen noch nicht zu dem Abschluß eines endgültigen deutsch-estnischen Handelsvertrages gekommen ist. Die Verhandlungen scheiterten bis jetzt daran, daß keine Einigung über die Entschädigung der enteigneten reichsdeutschen Grundbesitzer erreicht wurde. Das Auswärtige Amt hat auch die sich im Vorjahre bietende Gelegenheit — die von Estland nachgesuchte Völkerbundsanleihe konnte nur mit Stimmeneinheit bewilligt werden — nicht dazu benutzt, seinen Standpunkt durchzusetzen, eine Unterlassungssünde, die sich jetzt rächt. Von einschneidender wirtschaftlicher und darüber hinaus auch politischer Bedeutung ist der im Februar 1927 unterzeichnete Zollunions-Vertrag zwischen Estland und Lettland. Diese Zollunion ist aber durch den im Herbst abgeschlossenen lettisch-russischen Handelsvertrag, von dem noch gesprochen werden soll, für den Augenblick unmöglich gemacht.

Lettland gelang es 1924, seine Währung ohne ausländische Hilfe zu stabilisieren. Damit wurde eine Beschränkung der Finanzhoheit, wie sie Estland und Polen auf sich nehmen mußten, vermieden. Aus der Nachkriegszeit hat Lettland Schulden an England (2,262 Mill. £) und an die U. S. A. (5,745 Mill. \$), die in jährlichen Raten zu tilgen sind. Im letzten Jahr schwebten Verhandlungen über den Abschluß einer Anleihe mit verschiedenen ausländischen Gruppen, unter denen auch Vertreter des deutschen Kapitals waren. Da die Kreditnot in Lettland unvermindert anhält, hofft man dort, daß es

in diesem Jahr gelingt, eine Auslandsanleihe hereinzubekommen, die zum Ausbau des Eisenbahnnetzes und zur staatlichen Unterstützung der Privatindustrie verwendet werden soll. Ob sich dann eine finanzielle und außenpolitische Abhängigkeit von England oder Amerika, wo man die Anleihe unterzubringen hofft, vermeiden läßt, ist eine offene Frage.

Kredite an die private Wirtschaft sind in den letzten Jahren im großen Umfang nach Lettland geflossen. Von dem 1926 voll eingezahlten Grundkapital lettischer Aktiengesellschaften in der Höhe von 140,7 Mill. Lat waren nur 66,5 Mill. Lat lettisches Kapital, mehr als die Hälfte also ausländisches und zwar u. a.: 9,5 Mill. deutsches, 8,1 Mill. englisches, 8,1 Mill. ehemals russisches, 8 Mill. französisches, 7,8 Mill. amerikanisches, 7 Mill. Lat belgisches Kapital. In der Textilindustrie hat das ausländische Kapital (vor allem englisches) mit 7,5 Mill. gegen 2 Mill. lettisches bei weitem die Oberhand, ebenso in der chemischen Industrie, dem Verkehr (amerikanisches) und bei den Banken. 9 Mill. lettisches Kapital der Aktienbanken stehen 14,5 Mill. ausländisches, davon 7 Mill. amerikanisches, 2 Mill. sowjetrussisches, 1,4 Mill. deutsches Kapital gegenüber.

Die Handelsbilanz Lettlands dürfte auch 1927 passiv sein. Es wird aber damit gerechnet, daß die Passivität von 72 Mill. Lat im Jahre 1926 auf etwa 25 Mill. Lat zurückgegangen ist. 1926 stand einer Ausfuhr im Werte von 188,51 Mill. Lat eine Einfuhr von 260,32 Mill. Lat gegenüber. Bei der Einfuhr stand Deutschland mit 40 Prozent der Gesamteinfuhr bei weitem an erster Stelle, dann folgten England mit 10 Prozent, Polen mit 6,3 Prozent; Sowjetrußland war nur mit 4½ Prozent an der lettischen Einfuhr beteiligt. England nahm 34 Prozent der lettischen Ausfuhr auf, Deutschland 24,4 Prozent, Belgien 14,3 Prozent, Sowjetrußland 5,5 Prozent. Nicht genügend bekannt dürfte es sein, daß von dem Gesamttransit, in der Höhe von 462 000 Tonnen, der 1926 durch Lettland ging, nur 163 000 Tonnen aus Rußland kamen, 158 000 Tonnen dagegen aus Polen, aus Litauen 47 000 Tonnen. Nach Rußland gingen sogar nur 97 000 Tonnen, nach Litauen 60 000 Tonnen.

Ein deutsch-lettischer Handelsvertrag wurde 1926 abgeschlossen. Im vergangenen Jahr setzte die jetzt gestürzte sozialistische Regierung den Abschluß eines lettisch-russischen Handelsvertrages durch, der allgemein politisch gewertet wurde. Die nächste Folge war die Entrüstung in Estland, welche die Verwirklichung der Zollunion für den Augenblick unmöglich machte. Ob der wirtschaftliche Vorteil des Handelsvertrages den Erwartungen entsprechen wird, läßt sich noch nicht beurteilen. Im Dezember wurde auch ein vorläufiger lettisch-polnischer Handelsvertrag abgeschlossen. Die Verhandlungen über den endgültigen Vertrag schweben noch.

Litauen, das wirtschaftlich schwächste Land der baltischen Staaten, ist am stärksten mit Deutschland verflochten. In den ersten neun Monaten des Jahres 1927 gingen rund 50 Prozent des Exports nach Deutschland und etwa 53 Prozent der Einfuhr kamen aus Deutschland. Der Abschluß eines deutsch-litauischen Handelsvertrages, der im Laufe dieses Frühjahrs erreicht werden dürfte, ist daher für Litauen von großer Bedeutung. Wirtschaftliche wie politische Gründe zwingen Litauen zu einer wirtschaftlichen Anlehnung an Deutschland. Denn eine Stärkung seines Wirtschaftslebens durch eine Ausfuhrsteigerung und Aufnahme von Krediten kann wiederum aus politischen Gründen nur von Deutschland erhofft werden. Nach Abschluß des Handelsvertrages wird Litauen versuchen, eine Anleihe zum Ausbau des Eisenbahnnetzes auf dem deutschen Markt unterzubringen. Boraussichtlich werden auch in diesem Jahr normale Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Litauen aufgenommen werden. In Rowno sieht man dieser Tatsache nicht mit Freude entgegen, weil man annimmt, Polen würde jetzt versuchen durch eine friedliche Durchdringung, Litauen in die polnische Einflußsphäre einzubeziehen. Zweifellos wird die polnische Industrie auf verschiedenen Gebieten der deutschen den Absatz beschneiden können.

Adels-Verschleierung

Von Heinrich Rogge

Die Volksseele ähnelt dem Traumzustand des denkenden Einzelnen. Gleichwie wir im Traume die widerspruchsvollen Eigenschaften oder Aspekte wohlbekannter Gestalten darstellen, indem wir diese in Doppelgänger spalten, deren jeder je eine jener Eigenschaften oder Aspekte verkörpert: — so spaltet das unruhig träumende Volk von heute seine leidhaftigen Adelsymbole in einen politischen und einen ästhetischen Adel.

Der natürl. Adelsbegriff, den am deutlichsten, weil in vollkommener Unbefangtheit, die Griechen in ihrer *Rakologathie* aussprachen, ist, daß der Adel als edel an Leib und Seele gedacht ist. Nun aber findet sich in der politischen Führerschaft der modernen Demokratie doch augenscheinlich keine typische Fülle an Schönheit oder Vornehmheit — sei es, weil der repräsentative Führertyp hier an sich selten ist, oder deshalb verdrängt wird, weil er verdächtig an die vorrevolutionäre Staatsform als Adelsideal erinnert. — So hat denn die Volksseele neben dem farblosen Adelsideal der politischen Tüchtigkeit ein von ihm getrenntes unpolitisches Ideal vom Adel der Schönheit erdichtet, das der Volksglaube in seinen vergötterten Lieblingen verkörpert sieht: der Filmdiva, dem schönen Mann der Bühne, dem Meister in allerlei olympischem Sport.

Schönheit adelt: — das ist das Adelsprinzip alle der Mode-„Königinnen“ von heute, der modischen Kino-Prinzessin, der preisgekrönten Mannequins und so fort. Wie Anmut und Kraft als Schönheit angebetet werden, zeigt der Verehrungsdrang der Massen vor Tanzbühne und Sportarena in wunderlichen Formen.

Genau genommen ist auch dies kein rein ästhetisches, kein vollkommen unpolitisches Adelsideal. Zunächst einmal deshalb nicht, weil es sich, mehr oder weniger verborgen, mit dem Glauben an die abeindende Kraft des Reichtums verbindet. Zu diesem Volksadel der Schauspieler oder Modeköniginnen gehört, daß die Schönheit als „Eleganz“ gedacht ist; in welchem Worte das soziale Grundgesetz anerkannt ist: Kleider machen Leute. Auch wo der nackte Körper in seiner Schönheit oder Kraft verehrt wird, da wird doch zugleich auch sehnsüchtig-anerkennend an das schöne Geld gedacht, das der preisgekrönte Boxer oder Meisterläufer gewinnt und das ihn außerhalb der Arena zum Elegant macht.

Und auch wenn dieser Preisgewinn als gerechter Verdienst vorgestellt ist — da man ja in aller Öffentlichkeit gleich dem Zuschauer eines Examens an dem preisgekrönten Boxer oder Läufer den schweren Aufstieg des Tüchtigen zum Rekord ermessen kann, — so wird gleichwohl aller Ruhm solcher Preis-Kronenträger als Glück gedacht: gleich dem Glück der Modekönigin, die ihre Krone gewinnt als eines unter vielen schönen Mädchen, die um das große Los wetten. Und weil man auf die Sportarena, dem Rennen gleich, mit dem Sensationsgefühl des Glücksspiels sieht. Gold's Glücksbegriff birgt zweideutig in sich den Zweifel daran, daß Verdienst und Glück sich fetten, oder aber den Glauben an die Gnadenwahl. . .

Die heimliche Politik in diesem naiven Adelsbegriff des Volkes, das Glück und Schönheit als Adel glaubt, verrät vor allem aber sich da, wo diese Schönheit in der Pose der Vornehmheit erscheint. Man prüfe die landläufigen Bilder von Kino- und Theater- oder Sportgrößen und sonstigen eitlen oder gut aussehenden und beliebten Prominenten von der

unpolitischen Art; Bilder, die in der demokratischen öffentlichen Meinung von heute an Stelle der Märchenbilder von König, Prinz und Prinzessin und edler Gefolgschaft von ehe- dem gelten. Und man wird finden, wie die Pose der Vornehmheit in gewissen typischen Formen versucht wird, in denen heimlich überlieferte Adelsideale verschiedener Art fort- leben.

Es ist da z. B. häufig eine sonderbare Gebärde und Miene lässig-edler Müdigkeit versucht. Verlebte Züge gelten vornehm, wenn sie die Detadenz alter Geschlechter kopieren oder den Ausdruck müden Hochmutes, wie er bei dem alten Adel sich findet, der seinen ständischen Sinn verloren fühlt und nun seinen Scheinadel in guter Haltung zu Ende lebt. Als „Berdrücklichkeit“, das Kennzeichen des vornehmen Hauses, deutet das Volk an Faust das Stigma der sehnsüchtvollen Unzufriedenheit, das er als Mann des höchsten Grades vom Priester- adel trägt.

Ähnliche Vorbilder des Versuchs zu vornehmerem Stil ver- raten die Stirnposen oder sonstige Gebärden oder Mienen, die den Adel des Geistes darzustellen wagen. — Auch fehlt es nicht an Versuchen, die geistige Würde des Alters darzustellen: im Sinne der „ältesten Adelskrone“, die das weiße Haar gibt, und die in Namen wie Senat, Seigneur ihr Recht für alle Staatsformen beweist.

Bühnenhelden dürfen auf Adelsanerkennung von seiten der Menge selbst für den Versuch rechnen, den heroischen Blick im Stil des Herrenadels darzustellen; und jedenfalls für alle Posen des Gentleman.

Denn dieses englische Adelsideal gilt überlieferterweise, neben und im Widerspruch zu den Grundfiktionen der rationalen Demokratie, als Adel der Demokratie. Und das Wort gentleman gibt seinem besonderen ständegeschichtlichen Inhalt nach ein eigentümliches Hilfsmittel ab, um den Adelsgedanken in öffentlicher oder alltäglicher Rede zu denken, ohne das verpönte Wort „Adel“ auszusprechen.

★

Es ist heimlicher Adelsglauben, der in diesem ästhetischen Kult der Bühnen- und Arenagrößen, im Prominentenrespekt wie im politischen Ideal der Führer-Demokratie als Glauben an den „freien Aufstieg des Tüchtigen“ enthalten.

Nun aber gilt der persönliche Adel dem natürlichen Denken nicht für voll. Weder wenn ihn der Monarch verleiht, noch wenn ihn das Volk seinen Lieblingen, Prominenten oder Volksführern gewährt; weder für den Monarchen oder das Volk, deren Anerkennung den persönlichen Adel schafft, noch für den, der ihn annimmt oder fordert. Adel und Erbl. i. c. bleiben auch in dem neuen Adelsgefühl untrennbare Begriffe.

Auch im persönlichen Adel wird denknotwendig der Gedanke der Erbl. i. c. als Vorstellung eines ergänzbaren oder zu ergänzenden Mangels hinzugebracht. Sei es im Sinne jener chinesischen Nobilitierung, die, wenn sie einen Mann von Verdienst zum Edelmann macht, zugleich seine Vorfahren im Grabe adelt. Sei es im Sinne des napoleonischen Selbstbewußtseins: „Hab ich keine Ahnen, so bin ich doch selbst Ahnherr . . .“ Oder sei's auch im Sinne der Betteln- oder Cliques-Wirtschaft, die heute die Prominenten aller Sorte treiben, vorzüglich die von der politischen Art.

Bestellungen auf das „Gewissen“ nimmt jeder Postbote entgegen.

Wo immer der politische Adelsgedanke der Demokratie mehr oder weniger heimlich gedacht wird, da findet sich auch der Wille zur Erbllichkeit, gleich heimlich, verschämt oder verdrängt, oder willentlich anonym bleibend. Das Erben, dieser eigentümliche Willen zum todüberdauernden Fortleben durch Rechtskraft, ist dem Menschen so notwendiger Gedanke, daß, wer aus Kleinem zu hoher oder höchster Stelle aufgestiegen, in aller Regel seinen erworbenen Rang für Freund- und Sippschaft zu verwerten und erhalten sucht. Die Rechtsparodie: Wers Kreuz hat, segnet sich und die Seinen . . . , oder: Wer den Papst zum Better hat, kann Kardinal wohl werden . . . , gilt auch für die Demokratie. Wie die allbekanntesten Beispiele von Betternwirtschaft, Cliques- oder Futtertruppen-Wirtschaft beweisen, die in der neudeutschen Demokratie Gewohnheit zu werden sich anschickt.

Die Geschichte lehrt überall — in anbetracht der Demokratie nicht anders wie in der Monarchie —, daß die Bettern-, Cliques- oder Futtertruppenwirtschaft sich zur Erbllichkeit der Ämter zu wandeln strebt: wie als ob die Clique sich als Prärogativeform des Standes legitimiert.

Erinnern wir uns, wie der Adel der mittelalterlichen Stadtrepublik entstand. Aus der Betternwirtschaft der einmal erwählten Ratsleute entwickelte sich der Stand der „Ratsverwandten“, die schließlich allein „regiments-fähig“ zu sein behaupteten. Die Ratsverwandten erscheinen überall zuerst als Clique der Reichen — gleichviel ob Grundbesitz, Handel oder Geld den Reichtum darstellen; gleichviel, ob die ständische Organisation sich in Form der Berufsgenossenschaft (der Krämer, Gewandschneider) entfaltet oder schlechthin als Institution werden der erworbenen Macht — so wie es z. B. der Gleichname der Ruderzucht überliefert, die einmal der Kern des Kölner Stadtabels war.

„Alle Anfänge sind häßlich“. Alle strenge Standesmoral hat sich in schlimmen Widersprüchen zwischen Ideal und Wirklichkeit entwickelt. Die Geschichte des deutschen Dienstabels zeigt lange Jahrhunderte voller Treulosigkeit und Wortbruch, Rechtsverletzung oder Rechtserleichterung, ehe der preussische Pflichtbegriff Wirklichkeit wurde, den die Standesmoral des Dienstabels von Unbeginn in sich schloß. So berichtet die Geschichte von dem argen Widerspruch zwischen Lebensführung und Standesmoral des alten Stadtabels: der mühsam erst Politik und Geschäft reinlich zu trennen lernte, obschon er von Unbeginn jene Norm der Genossenschaftstreue, den der Name der Hanse überliefert, als Recht und Grundlage der Gemeinschaft wollte.

*

Der Unterschied zwischen der Republik von damals und von heute ist vor allem der, daß der Adelswillen der neuen Machthaber damals sich unbefangen öffentlich zeigte, heute aber sich vor dem Volke und vor sich selbst verbirgt —: nach dem Vorbild des dritten Standes von 1789, der seine Machtstellung in

Form der Gleichheitslehre und Adelsfeindschaft erstritt und mittels einer sonderbaren Zweideutigkeit der Rechtsformen sicherte.

Man erwäge, daß die Privilegien der Abgeordneten, seit der Revolution zum Cliques-Majestätsrecht geworden, noch heute nach den überliefert geltenden Rechtsgrundbegriffen das Rechtsansehen jener Zeit genießen, da die Immunität der Volksvertreter als Asylrecht der Freiheit gegenüber der feindseligen Königsmacht gedacht war. Diese Zweideutigkeit ist vorerst noch Ursache, daß die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse als Analogie zur Richter-Unabhängigkeit erscheinen, auch wenn in ihnen die cliquesmäßige Verquickung von Politik und Geschäft verschleiert wird, anstatt gemäß der strengen Redlichkeit der Dreigewaltenlehre bloßgelegt zu werden.

Solche fragwürdige Zweideutigkeit der Rechtsformen ist Kennzeichen des Parlamentarismus überhaupt. Aber es ist methodisch nicht erlaubt, das als geistige Unredlichkeit schlechthin zu benennen, solange nicht staatsrechtlich von Grund auf begriffen, wie hier altüberlieferte Widersprüche der ständischen Entwicklung von dem Charakter der Antinomie verhängnisvoll fortwirken, und, weil staatsrechtlich noch nicht durchschaut, zu der Unredlichkeit führen, die man parlamentarische Korruption nennt.

Man weiß, daß die französische Demokratie der Prototyp der Plutokratie ist, die durch Stimmkaufl und die verschleierte Ideologie der Gleichheitslehre regiert. Man weiß, daß die französische Revolution nach dem Vorbilde des englischen Freistaates und seiner Revolution gemacht war. Und daß der französische Parlamentarismus eine verzerrte Kopie des englischen ist: in jenem Sinne wie G n e i s t den französischen Bourgeois-Staat als schlechte Kopie des englischen C e n t r y -Staates bezeichnet hat.

Gleichwohl ist dieser Bedeutungswandel noch unzureichend beachtet, der sich in der Übertragung englischer Gemeinschaftsformen auf Frankreich und von dort her auf das andere Europa vollzog.

Parlamentarismus im englischen Sinne ist nichts anderes wie der Staat als Adelsrecht. Parlamentarismus im französischen Sinne hingegen bedeutet ein anonymes Adelsrecht der Machthaber, das sich als Adelsfeindschaft maskiert.

Deutschland ist nach französischem Muster zum Volksstaat geworden, indes nicht nur durch jene Nachahmung Frankreichs, die man „westlichen Liberalismus“ oder Rationaldemokratie zu nennen pflegt. Sondern weil die Übertragung französischer Staatsformen nach Deutschland begünstigt wurde durch gewisse altüberlieferte Widersprüche der ständischen Entwicklung Preußen-Deutschlands, die den Zweideutigkeiten dieses verfälschten Parlamentarismus fragwürdig begriffsverwandt sind.

Das lehrt die historische Analogie zwischen der deutschen und englischen Rechtsentwicklung, sofern man sie unter dem Gesichtspunkt des Adelsproblems begreifen lernt.

Kritik der Presse

„In der alltäglichen Filmproduktion kommen Geist und Geschmack zu kurz. Die Köpfe, die das machen, haben Scheuklappen, und die von ihnen vorgeführte Welt ist einseitig. Die Fabeln und Geschichten sind kindisch erdacht, sie gehen vorbei an unseren Lebensstatsachen. Die Bilder und die durch sie vermittelten Gedanken wollen von allem, was unser Dasein bewegt, ablenken, nicht aber hinweisen, klären und weiterhelfen. . . . Was wird verlangt? Daß einer Volksmehrheit, deren geistige Ebene in allem übrigen höher liegt, vom Film allein nicht eine kindische Senkung ihrer geistigen Ansprüche zugemutet werde. Der Film soll nicht fälschen, die Geschichte nicht, die Gegenwart nicht, weder im Geistigen noch was Kunst betrifft.“ — Also sprach H e i n r i c h M a n n, soigniert und väterlich-weise, jeder Zoll ein Bourgeois, anlässlich des ersten Auftretens des „Volksverbandes für Filmkunst.“ Wer möchte diese Sätze nicht unterschreiben, in denen der heutige Filmbetrieb anscheinend von höherer künstlerischer Warte aus kritisiert wird, zumal der Redner im weiteren Verlaufe auf den Film hinwies, welcher der Aufführung harnte und jene „unbestechliche Vernunft“ besitzen sollte, die der Dichter bisher ver-

mißt hatte? Und dann folgte der Film: „Das Ende von S t. P e t e r s b u r g“, den Sowjetstern nirgends verleugnend und mit einer fast hinreißenden Brutalität das kommunistische Geschichtsbild kündend als allein selig machendes Dogma. Der Wille zur Fälschung zeigte sich ungleich gesteigert als etwa im „P o t e m k i n“, wo die naturalistische Darstellung überwog, während hier die größeren historischen Gegensätze in Symbolen verdeutlicht werden, so wie sie der Kommunist sieht: Kommunismus und Kapitalismus, Volksbefreiung und sinnloser Weltkrieg. Das Ganze, wie der „P o t e m k i n“, nicht ohne Schwung, aber eben durch die Einstellung trotz starker künstlerischer Einfühlung eines begabten Regisseurs und ausgezeichneter Darsteller, ohne verpflichtende Wirkung. Ist das, bei aller Anerkennung der technischen Fertigkeit der russischen Filmleute, das Neue, das Höhere, was Heinrich Mann versprach? Am Schluß dröhnte die Internationale durch das Filmhaus und ließ diese Veranstaltung des „Volksverbandes für Filmkunst“ als rein kommunistisches Propagandaunternehmen auch für die erkennbar werden, die es noch nicht wußten. Die „R o s s i s c h e Z e i t u n g“ aber bringt ohne

Hinweis auf die tatsächlichen Vorgänge die schön gesehene Rede Heinrich Manns so, als ob dieser „Volksverband der Filmtkunst“ ein sanftes, schwarz-rot-goldenes, kurz, der politischen Einstellung dieser demokratischen Zeitung entsprechendes Gesicht trüge, dieweil rechts gerichtete Zeitungen sich darüber freuen, daß Heinrich Mann und „andere Demokraten und Sozialdemokraten“ düpiert worden seien und, gleichsam ohne Wissen um die Zusammenhänge, sich an einer Sache beteiligt hätten, durch welche, wie dieser Film in seiner blutigen Verhöhnung Kerenski-Scheidemanns als des verächtlichen Typs des Menschewismus erwies, gerade Demokratie und Sozialdemokratie bekämpft werden. Ist das der Fall? War holde Ahnungslosigkeit vorhanden? Spürte das Böllchen den Teufel nicht? Ach, diese Demokraten und Sozialdemokraten brauchen den Kommunismus ja nicht zu fürchten, weil Polizei und Reichswehr Posten stehen. Um so besser: man kann ihn also ungehemmt lieben, weil er auf seine Weise unser Volkstum zu zerlegen sucht. Da nimmt man die eigene Verhöhnung gern mit in Kauf, zumal man sich, wie gesagt, in sicherer Hut weiß. Der Haß wider nationale Wehrhaftigkeit, der diesen Literaten im Gehirn steckt, treibt sie an die Seite der Kommunisten; denn im Ernstfalle wird der begeisterte und bespieene „Militarismus“ ja doch mit den Kommunisten fertig werden. Etwas anderes: es wäre an der Zeit, daß diejenigen, die nicht eines Geistes mit Heinrich Mann und Genossen sind, einmal tiefer in die Zusammenhänge hineinleuchten. Dazu gehört freilich eine andere Art Feuilleton, als es bisher in den meisten Redaktionen der Rechtspresse gemacht wird. Dazu gehört Klarheit über das Wesen der Kunst, völlige Scheidung von jenem Literatentum, wie es Heinrich Mann vertritt, das, wie auch sein Filmvortrag erweist, Technik und Kunst verwechselt und über den „l'art pour l'art“-Standpunkt nie hinausgekommen ist. Dazu gehört, Kunst und Kunstwerk nicht ausschließlich vom individuellen Erlebnis des Künstlers her zu betrachten und zu werten, sondern als Teil des Lebens, des Ganzen, mit dem nicht Schindluder getrieben werden kann. Es sei denn, man stehe, wie jene Literaten, auf dem Standpunkt, daß man um eines schönen Verses oder eines guten Romans willen Volk und Nation verraten darf.

★

Es ist ein Problem, das seit Jahren immer wieder beschäftigen kann, ohne daß je eine restlos befriedigende Antwort gefunden wurde: Worauf beruht das eigentlich Faszinierende der Wirkung, die die Franzosen immer von neuem auf große Teile der Welt ausüben? Sie besitzen in allen Staaten eine Gruppe blindfanatischer Anhänger, die ohne Ausnahme alles, was ihr Idol ist und tut, verteidigen, und alles, was ihm zuwiderläuft, angreifen. Das bedeutet natürlich eine ungeheure Erleichterung für die auswärtige, aber auch für die innere Politik. Man bedenke nur einmal, was die Welt über Deutschland sagen und schreiben würde,

Bestellzettel

(unfrankiert im Umschlag in den nächsten Briefkasten werfen)

Ich bestelle hiermit

ab 1928

..... Exemplare

der Zeitschrift „Gewissen“

und bitte die monatl. Bezugsgebühr von 1.— RM. zuzügl. 6 Pfg. Gebühren durch den Briefträger bei mir zu erheben.

Name:

Ort u. Straße:

.....
.....

wenn es einen der großen Fehler und Schäden Frankreichs an sich hätte, als z. B.: maßlose Rückständigkeit und Korruption der Verwaltung, grotesker Tiefstand der Hygiene, Analphabetenziffer von durchschnittlich 8 vH., brutale Unterdrückung der Minderheiten, vorwiegend zerstörerische Kolonialwirtschaft, von jedem Geschmack entblößtes Kunstgewerbe — oder Dinge, die sich mit drei Worten umschreiben lassen: Schwarze Armee, Fremdenlegion, Canenne. Frankreich schaden diese Dinge ernstlich nicht das Geringste; fast kein Mensch draußen in der Welt findet sie der Erwähnung wert. Natürlich macht das unerhört kompakte französische Selbstgefühl viel aus, sowie besonders das typische Mißverständnis der germanischen Völker, die Anmut des Franzosen im Sichgeben sei eine letzte Überwindung des Bruches und jenseits der bloßen Innerlichkeit, während sie in der Tat diesseits liegt. All dies zusammen erklärt aber immer noch nicht den eigentlichen Opiumrausch, in welchem sich die typischen Frankophilen bewegen. Wir haben ja in Deutschland reichlich Gelegenheit, diesen Geisteszustand zu studieren, wenn man z. B. eine der letzten Nummern des „Tagebuches“ in die Hand nimmt, das ja in diesen Kreisen führend ist. Fast die Hälfte einer Nummer handelt von Frankreich, dem heiligen Frankreich. Alles, was es tut, ist und sagt, ist vollkommen, erlösend und normgebend. Von Deutschland ist daneben mit unendlichem Mitleid und gutmütiger Herablassung die Rede. Sein Höchstes müßte es sein, sich einmal so zu entwickeln und zu betragen, daß es die Billigung Frankreichs fände. Das Problem der deutsch-französischen Verständigung ist darum das „beseligendste“. Es wird ein Stück einer Novelle von Bruno Frank abgedruckt, welches sich mit diesem Problem befaßt. „Frank stellt zwei Figuren in den Mittelpunkt: einen Franzosen, der die Züge Briands trägt, und einen Deutschen, der in allen Zügen erfunden werden mußte.“ Das soll also bedeuten, daß sich in Deutschland kein Modell gefunden hätte, um der erhabenen Versöhnungsgesinnung Briands Widerpart zu bieten. Vielleicht wäre es doch gelungen, wenn Herr Frank sich etwas mehr Mühe gegeben hätte. Allerdings ist Herr Briand auch ein anspruchsvoller Partner: Angesichts der Kriegsschiffe auf der Rheede von Toulon äußert er: „Das ist nun von allem das Dümme; 50 Millionen Goldfrancs Stück für Stück. Und dabei ist so eine Donnerbarke, behaupten die Kenner, im Seekrieg heute genau so nützlich wie ein alter Stiefel. Ja, ganz genau so nützlich, als schwämme hier vor uns ein alter weggeschmissener Stiefel. Wir wollen nicht aufhören, es ihnen vorzurücken.“ Herr Frank gehört offenbar nicht zu diesen Kennern; bessere Kenner dürften die 800 000 deutschen Hungertoten sein, welche von den englischen „Donnerbarcken“ erledigt werden konnten. Es wäre auch interessant, zu wissen, wer unter „ihnen“, denen die Notwendigkeit der Abrüstung vorgerückt werden soll, verstanden wird? Denn an anderer Stelle wird ausgeführt, daß Prinzipienunterschiede zwischen Briand und Poincaré nicht vorhanden seien, ebensowenig zwischen letzterem und dem französischen Volke. Also wem will Briand Abrüstung predigen? Vermutlich den Deutschen. Es ist in der Tat erstaunlich, wie sich diese Frankophilen in den Geist ihrer moralischen Auftraggeber zu versetzen wissen. Wenn hier um das „beseligende“ Problem ein Rebel reiner Mystik gewoben wird, so hat man auch durchaus Verständnis, wenn die praktische Seite der Frage von Frankreich vorgehoben wird; der Zweck ist beide Male der Gleiche. Die Rheinlandräumung (heißt es im Leitartikel) ist ein Geschäft, und wer etwas umsonst will, ist ein Christ, was hier in einem Zitat ziemlich gleichbedeutend mit Schwindler dem Juden gegenübergestellt wird, der zwar sich bezahlen läßt, aber dafür die Ware liefert. Man sieht, es gibt in dem Geisteszustand, der aus dieser Anstetzung entsteht, nur eine Logik: sie heißt Frankreich.

Jungkonservativer Klub

Dienstag, den 6. März 1928

abends 8^{1/4} Uhr:

Eugen Moszkowsky:

Außenpolitik der Arbeiterbewegung